

## ÖVP

1. Der Nationalrat von ÖVP und FPÖ hat beschlossen, externe „Sexualexperten“ an Schulen nicht mehr zuzulassen, um einen **ideologiefreien Sexualunterricht** zu gewährleisten.

**Was ist Ihre Meinung dazu?**

Wir begrüßen diesen Vorstoß des Nationalrates, der auch mit den Stimmen der ÖVP angenommen wurde.

2. Im Sexualkundeerlass von 2015 von Frau Minister Heinisch-Hosek sollen die Kinder zur „**Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten**“ erzogen werden und im Erlass 2018 von Minister Fassmann wird die Genderideologie erweitert und **die Auflösung von bipolaren, verengten Geschlechterbildern forciert (= Auflösung der Vater-Mutter-Kind-Familie).**

**Was ist Ihre Meinung zur Genderideologie, die an unseren Schulen unterrichtet wird?**

Wir gehen davon aus, dass in den Vorarlberger Schulen generell keine Ideologien einseitig unterrichtet und verbreitet werden. Sollte eine derartige „Genderideologie“ an Vorarlbergs Schulen verbreitet werden, lehnen wir diese ab.

3. Die „**Sexualpädagogik der Vielfalt**“ (die Pädagogik zur Genderideologie) geht u.a. von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an pädagogisch aktiv zu begleiten und zu fördern sei.

**Nach welchen Richtlinien soll Ihrer Meinung nach ein Sexualkundeunterricht durchgeführt werden?**

Die Vorarlberger Volkspartei ist bestrebt, allen Kindern und Jugendlichen die besten Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung zu bieten und Ihnen ideale Zukunftschancen zu sichern. Dies geht auch klar aus der Markenbotschaft des Landes, wonach Vorarlberg der chancenreichste Lebensraum für Kinder bis 2035 werden soll. Dazu gehört auch ein moderner und zeitgemäßer Sexualkundeunterricht. Neben biologischen Grundtatsachen der Fortpflanzung des Menschen wie Zeugung, Schwangerschaft und Geburt muss in diesem auch Platz für Themen wie Homosexualität, Geschlechtskrankheiten und Vergewaltigung sein. Grundsätzlich sind wir aber der Überzeugung, dass die Verbindung zwischen Mann und Frau im Vordergrund stehen sollte und Grundwerte wie Familie, Verantwortung und Beziehung vermittelt werden müssen.

4. Immer mehr Eltern beschweren sich über eine verfrühte Konfrontation ihrer Kinder mit der „**Erwachsenensexualität**“, einerseits durch den leichten Zugang zu Pornografie durch Smartphone und Computer und ebenso durch einen zum sexuellen Experimentieren einladenden Sexualunterricht.

**Was werden Sie und Ihre Partei gegen Frühsexualisierung und Pornografie bei Kindern und Jugendlichen unternehmen?**

Grundsätzlich sehen wir einen angepassten Sexualkundeunterricht für Jugendliche als wichtig an. Dieser Unterricht muss jedenfalls altersgerecht sein. Allerdings lehnen wir eine

Frühsexualisierung und eine Konfrontation von Kindern mit Pornografie ab. Auch für Jugendliche kann eine Konfrontation mit Pornografie kein geeignetes Mittel für einen regulären Sexualkundeunterricht sein.

5. Gleichzeitig erleben wir, dass Eltern sich über eine **Verwirrung der Kinder über diverse Geschlechtsidentitäten** beklagen. Statt die Gleichberechtigung von Mann und Frau sicherzustellen, wurden Kinder von externen Vereinen über **acht Geschlechter** aufgeklärt, sechs davon seien gesetzlich anerkannt.

**Wie werden Sie und Ihre Partei für Gleichberechtigung eintreten und die Identität eines jeden Kindes stärken?**

Die Identität von Kindern zu stärken ist eine primäre Erziehungsaufgabe der Eltern und Erziehungsberechtigten. Wie bereits erwähnt gehen wir davon aus, dass in den Vorarlberger Schulen generell keine Ideologien verbreitet bzw. einseitig und tendenziös unterrichtet werden, sondern dass die diversen Vorstellungen von Zusammenleben und Gesellschaft möglichst objektiv erörtert und diskutiert werden. Sollte die sexualpädagogische Arbeit an einer Schule diesen Ansprüchen tatsächlich nicht gerecht werden, muss die Arbeit mit diesem Anbieter beendet werden. Die Schule und die Eltern sind hierzu natürlich zu hören. Auch in dieser Frage ist für uns klar, dass die Verbindung zwischen Mann und Frau im Vordergrund stehen sollte und Grundwerte wie Familie, Verantwortung und Beziehung vermittelt werden müssen.

6. In Deutschland wird die **Legalisierung von Leihmutterschaft** diskutiert und wie die Erfahrung uns lehrt, wird Österreich mit dieser Diskussion nachfolgen.

**Wie stehen Sie zum Thema Legalisierung von Leihmutterschaft?**

Die Legalisierung der Leihmutterschaft lehnen wir ab.

7. Es wird seitens des Landes sehr viel **in Kinderbetreuungsplätze investiert. Echte Wahlfreiheit** entstände erst, wenn Eltern, die ihr Kind selbst betreuen und somit keinen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, ebenfalls eine finanzielle Unterstützung erhalten würden.

**Wie stehen Sie zu echter Wahlfreiheit für Eltern?**

Aus unserer Sicht ist es wichtig, Familien die Wahl zwischen häuslicher und institutioneller Betreuung zu ermöglichen. In der alltäglichen Praxis zeigt sich, dass oft eine Kombination von beidem gewählt wird, denn die überwiegende Zeit verbringen die Kinder in ihrer häuslichen Umgebung. Aus diesen Gründen ist eine außerhäusliche Betreuung eine familienergänzende Betreuung. Neben den Investitionen für Kinderbetreuungsplätze gibt es eine Reihe von finanziellen Beihilfen auf Bundes- bzw. Landesebene, wie etwa den Familienzuschuss, den Vorarlberg als einziges Bundesland im Anschluss an das vom Bund ausbezahlte Kindergeld ausbezahlt. Der unter Bundeskanzler Kurz eingeführte Familienbonus Plus beispielsweise ist die größte Entlastungsmaßnahme für Familien in der zweiten Republik und stellt für alle steuerzahlenden Familien eine spürbare finanzielle Entlastung dar. Aus unserer Sicht braucht es einen guten Mix aus Sachleistungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen und finanziellen Unterstützungen. Dieser Mix ist in Vorarlberg bei einer gesamthaften Betrachtung jedenfalls gegeben.